



Berlin, 13.11.2006

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit tagt in Nairobi die Weltklimakonferenz, um über die weiteren Schritte im internationalen Klimaschutz zu beraten. Kurz vor der Konferenz hat der britische Chefökonom Sir Nicholas Stern eine umfassende volkswirtschaftliche Analyse des Klimawandels im Auftrag der britischen Regierung vorgelegt, in der er zu dem Schluss kommt, dass bei einem ungebremsten Klimawandel globale volkswirtschaftliche Verwerfungen drohen, die mit denen der zwei Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise vergleichbar sind.

Ich möchte Sie vor diesem Hintergrund über die bisherige Klimapolitik der großen Koalition, die Ziele der Bundesregierung für die Klimakonferenz in Nairobi und die weiter geplanten Schritte unterrichten. Denn das, was CDU, CSU und SPD in diesem Bereich vorzuweisen haben, kann sich sehen lassen.

I. Bedeutung der Klimapolitik

Bundeskanzlerin Merkel hat dieser Tage den Klimawandel als „eine der größten Bedrohungen der Menschheit“ bezeichnet. Die Wissenschaft hat im letzten Jahr nicht nur durch immer neue Belege untermauert, dass der Klimawandel bereits stattfindet, sondern dass er auch noch sehr viel schneller voranschreitet, als bisher angenommen. Bis zum Jahr 2100 kann, bei ungebremstem Klimawandel, die globale Temperatur um bis zu 6 Grad Celsius ansteigen. Dies hätte katastrophale Auswirkungen für die Menschheit. Deutschland und die EU haben sich daher zum Ziel gesetzt, globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Der ehemalige Chefökonom der Weltbank und jetzige Wirtschaftsberater der britischen Regierung, Sir Nicholas Stern, hat am 30.10.2006 einen Bericht vorgelegt, in dem er die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Klimawandel und Klimapolitik verglichen hat. Seine gute Nachricht lautet: wir können etwas gegen den Klimawandel tun und zugleich wirtschaftlich wachsen. Die Kosten des Nichthandelns im Klimaschutz werden auf 5-20% des globalen Bruttosozialprodukts geschätzt, die Aufwendungen für Klimaschutzmaßnahmen auf etwa ein Prozent. Er macht aber auch zugleich die Dringlichkeit des Problems deutlich:

Die Investitionen in den nächsten 10-20 Jahren sind entscheidend, um die schlimmsten Klimafolgen und erhebliche wirtschaftliche Folgen zu verhindern.

II. Bisherige Klimapolitik der großen Koalition

Die große Koalition hat im ersten Jahr ihres Bestehens eine ganze Reihe von zentralen Maßnahmen im Bereich der Klimapolitik auf den Weg gebracht. Wir sind auf gutem Weg, unsere Kyoto-Klimaschutzverpflichtung zu erfüllen. Wir müssen bis 2012 unsere Treibhausgasemissionen um 21% unter das Niveau von 1990 senken. Ende 2005 lagen wir bei etwa -19%. Es sind also noch zwei Prozentpunkte, die uns von unserer Kyoto-Verpflichtung trennen.

Die noch notwendigen Emissionsminderungen werden wir mit den bereits beschlossenen und im Koalitionsvertrag noch vorgesehenen Maßnahmen schaffen. Das hat auch die Europäische Umweltagentur letzte Woche für Deutschland ausdrücklich bestätigt, als sie ihren „Fortschrittsbericht der EU zum Kyoto-Ziel“ vorgelegt hat.

Von den bereits beschlossenen Maßnahmen möchte ich insbesondere folgende zehn Prioritäten hervorheben:

1. Effizienzrevolution voranbringen

Während Energieeffizienz bisher immer nur für Sonntagsreden hergehalten hat, hat die große Koalition sie zum Schwerpunktthema gemacht. Energieeffizienz war Hauptthema des letzten Energiegipfels der Bundeskanzlerin und hat dort in einen sehr ehrgeizigen Aktionsplan gemündet. Im Koalitionsvertrag ist das Ziel klar formuliert: Wir wollen bis zum Jahr 2020 die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln und damit Deutschland zu einer der energieeffizientesten Volkswirtschaften der Welt machen.

2. Gebäudesanierungsprogramm auf 1,4 Mrd. EUR ausgeweitet

Ein konkretes Beispiel für die Förderung von mehr Energieeffizienz war die Vervierfachung (!) der Fördermittel für die energetische Sanierung von Gebäuden – von 360 Mio. EUR jährlich auf 1,4 Mrd. EUR jährlich. Jeder, der ein Haus energetisch saniert, bekommt vom Staat Unterstützung. Das hilft dem Klima, spart Energiekosten und schafft Arbeitsplätze beim Bau.

3. Gebäude-Energiepass für alle Gebäude eingeführt

Die Bundesregierung hat die Einführung des Gebäude-Energiepasses für alle bestehenden und neuen Gebäude beschlossen. Der Energiepass zeigt allen Hausbesitzern und Mietern, wie viel Energie ein Gebäude verbraucht und durch welche Maßnahmen Energie am besten

eingespart werden kann. Dies – in Verbindung mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm – wird die Energieeffizienz von Gebäuden deutlich erhöhen.

4. Weiterentwicklung des Emissionshandels

Die Bundesregierung hat einen ehrgeizigen nationalen Allokationsplan für die Emissionshandelsperiode 2008-2012 vorgelegt. Darin werden Emissionsreduktionen von Energie und Industrie in Höhe von 15 Mio. t pro Jahr gefordert: Das ist mehr als das siebenfache (!) dessen, was der erste „Nationale Allokationsplan“ (NAP I) für den Zeitraum 2005 - 2007 vorsah, nämlich 2 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Die Energiewirtschaft erhält für ihre Altanlagen eine Minderungsverpflichtung von 15%, während diese Zahl im ersten Allokationsplan bei etwa 3% lag – das ist das Fünffache. Derzeit werden die Emissionsdaten für die Jahre 2003 bis 2004 erhoben, wie wir dies im NAP II angekündigt haben. Sollte sich daraus aufgrund gestiegener Emissionen Veränderungsbedarf beim NAP II ergeben, werden wir den Plan anpassen, um unser 21-Prozent-Ziel bis 2012 sicher zu erreichen.

5. Biokraftstoffe verstärkt in Benzin und Diesel beimischen

Wir haben das Biokraftstoffquotengesetz beschlossen, nachdem der Anteil der Biokraftstoffe bei Benzin und Diesel ab 2007 sukzessive jährlich erhöht wird und damit ab 2010 eine Beimischungsverpflichtung von 5,75 Prozent verbindlich festgelegt ist. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll diese Quote bis 2020 europaweit verbindlich und deutlich angehoben werden. Derzeit liegt der Wert bei 3,6%. Mit dem Einstieg in die Biokraftstoffe der 2. Generation, die bis 2015 Steuerbegünstigungen erhalten, werden wir darüber hinaus die Voraussetzung für eine industrielle Nutzung schaffen. Das ist energiepolitisch sinnvoll, denn die Kraftstoffe der 2. Generation emittieren 90 % weniger CO₂ als die fossilen Kraftstoffe.

6. Wind-Offshore auf den Weg gebracht

Die größten Zukunftspotenziale für die weitere Windenergienutzung in Deutschland liegen auf dem Meer. Da dies für alle Beteiligten noch Neuland ist, muss dringend ein Pilot-Windpark im Offshore-Bereich entstehen. Das Bundesumweltministerium hat daher im vergangenen Monat mit den Anlagenherstellern Repower und Multibrid, den Projektentwicklern und den Energieunternehmen E.ON, EWE und Vattenfall eine Rahmenvereinbarung zur Errichtung eines Offshore-Testfelds unterzeichnet, das bis 2008 entstehen soll.

Zudem hat die Koalition im Rahmen des Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetzes vereinbart, dass die Netzanbindung der Offshore-Windparks – genauso wie andere Stromnetze auch – im Rahmen der Netzentgelte zu zahlen ist und nicht den Windanlagenbetreibern aufgebürdet werden soll.

7. Förderung der Wärmeerzeugung durch erneuerbare Energien erhöht

Die Nachfrage nach Solarkollektoren und Biomassekesseln hat sich im letzten Jahr enorm erhöht: Gleich im ersten Halbjahr 2006 wurden im Rahmen des Marktanreizprogramms doppelt so viele Förderanträge gestellt wie im Vorjahreszeitraum. Im Jahr 2006 werden etwa 165.000 Investitionsvorhaben von Hausbesitzern im Bereich erneuerbare Wärmeversorgung gefördert, mit einem Investitionsvolumen von etwa 1,6 Mrd. EUR. Das stärkt das lokale Handwerk und schafft Beschäftigung. Aufgrund der großen Nachfrage hat die Koalition in den Haushaltsberatungen beschlossen, das Marktanreizprogramms im Jahr 2007 um 39 Mio. EUR auf 213 Mio. EUR zu erhöhen. Dadurch wird Planungssicherheit für die Antragsteller und die Hersteller geschaffen.

8. Forschungsförderung im Bereich der erneuerbaren Energien verdoppelt

Während 2005 in den entsprechenden Haushaltstitel zur Forschungsförderung erneuerbarer Energien nur 45 Mio. € vorgesehen waren, hat die neue Bundesregierung im Rahmen des 6-Milliarden- Programms die originären Forschungsmittel für EE auf 83 Mio. EUR fast verdoppelt. Zudem wächst das Budget pro Jahr um 5 Mio. €, so dass 2009 knapp 100 Mio. EUR zur Verfügung stehen werden.

9. Gleichbehandlung von Gas und Kohle bei der Stromerzeugung

Die bestehenden Inputsteuern auf den Einsatz von Erdgas und Mineralöl in der Stromerzeugung wurden mit dem 1.8.2006 abgeschafft. Damit werden erstmals in Deutschland alle Energieträger, die der Stromerzeugung dienen, gleichgestellt. Zudem ist im Nationalen Allokationsplan für den Emissionshandel vorgesehen, dass für alle neu gebauten Kraftwerke bei der Ausstattung mit Emissionsrechten die gleiche Volllaststundenzahl anzusetzen ist. Hoch-effiziente Gas- und Dampfkraftwerke können künftig bei der Stromerzeugung eine wesentlich größere Rolle spielen.

10. Umstellung auf schwefelfreies Heizöl macht Weg frei für energieeffiziente Technik

Die Mineralölwirtschaft wird auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Bundesregierung ab 2009 die weitgehende Umstellung auf schwefelarmes Heizöl durchführen. Das macht den Weg frei für energieeffiziente Brennwert-Heizölkessel. Die bislang nur bei Gasheizungen übliche Brennwerttechnik verursacht rund zehn Prozent weniger CO₂-Emissionen als aktuelle Niedertemperaturkessel, im Vergleich zu älteren Ölkesseln betragen CO₂-Minderung und Energieeinsparung bis zu 30 Prozent.

II. Internationale Klimapolitik - was wollen wir auf der Konferenz in Nairobi erreichen?

Das 1997 verabschiedete Kyoto-Protokoll war ein erster Schritt in die richtige Richtung. In dem Protokoll verpflichten sich die Industrieländer, im Zeitraum 2008-2012 ihre Treibhausgasemissionen um insgesamt 5% unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Mittlerweile haben das Kyoto-Protokoll 165 Staaten ratifiziert - d.h. fast die ganze Welt, allerdings mit zwei

wichtigen Ausnahmen: USA und Australien. Die dortigen Regierungen haben sich lange – zu lange – auf den Standpunkt gestellt, der Klimawandel sei kein ernsthaftes Problem.

Bis 2009 muss sich die Staatengemeinschaft auf Nachfolgeregelungen auf der Basis des Kyoto-Protokolls für die Zeit nach 2012 einigen. Dabei muss es darum gehen, dass *alle* Industrieländer weitergehende Verpflichtungen übernehmen, gleichzeitig aber auch wichtige Schwellen- und Entwicklungsländer wie China und Indien ihren Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten.

Die Klimakonferenz in Nairobi hat zwei Schwerpunkte: Zum einen soll ein konkretes Arbeitsprogramm und eine Überprüfung der bestehenden Klimaschutzverpflichtungen vereinbart werden. Dieses bildet dann die Grundlage für die bis 2009 andauernden Verhandlungen über ein zukünftiges Klimaregime. Zum anderen werden in Nairobi die „afrikanischen“ Themen im Mittelpunkt stehen, nicht zuletzt, weil dies die erste Klimakonferenz ist, die in Afrika südlich der Sahara stattfindet. Hierzu gehören die Anpassung an den unvermeidbaren und bereits jetzt spürbaren Klimawandel, die stärkere Teilhabe Afrikas an internationalen Klimaprojekten sowie der Transfer klimafreundlicher Technologien in die Entwicklungsländer.

In der Frage der Fortentwicklung des internationalen Klimaregimes treten wir dafür ein, dass Europa eine Vorreiterrolle übernimmt. Die EU soll sich international dazu verpflichten, bis zum Jahr 2020 seine Emissionen um 30% unter das Niveau von 1990 zu senken. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, denn die Kyoto-Verpflichtung bis 2012 lautet -8%. Angesichts der globalen Herausforderung vor der wir stehen, ist sie allerdings dringend geboten. Zudem zeigt der von der EU-Kommission jüngst vorgelegte EU-Aktionsplan für Energieeffizienz, dass wir einen Großteil dieses Ziels schon durch technisch-wirtschaftliche Energieeffizienz-Maßnahmen erreichen können. Es kommt alleine darauf an, die dafür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen – hier ist die Politik gefragt.

Vorreiter brauchen Länder, die bereit sind, mitzugehen. Wenn wir uns die Entwicklungen in den USA anschauen, die auf Bundesstaatenebene stattfinden, so können wir vorsichtig optimistisch sein. Die Klimapolitik ist zu einem wichtigen Thema avanciert, sowohl republikanische (wie Arnold Schwarzenegger in Kalifornien) als auch demokratische Gouverneure (wie an der Ostküste) haben ambitionierte Klimaziele vereinbart und planen ein bundesstaatenübergreifendes Emissionshandelssystem, das im Jahr 2009 beginnen soll. Unser Ziel wird es sein, das europäische und amerikanische Emissionshandelssystem zu verknüpfen und mittelfristig ein globales Emissionshandelssystem zu etablieren. So kann dem globalen Problem Klimawandel mit einem globalen Politikinstrument begegnet werden und Klimaschutz kostengünstig umgesetzt werden.

In der Frage der Anpassung an den Klimawandel stellen wir fest, dass die Entwicklungsländer am wenigsten zum Klimawandel beitragen, jedoch am stärksten unter dessen Folgen

leiden. In Nairobi wollen wir einen Fonds arbeitsfähig machen, der Entwicklungsländer unterstützt, sich an die Wirkungen des Klimawandels anzupassen (sog. Anpassungsfonds). Zudem wollen wir ein konkretes Arbeitsprogramm zur Anpassung an den Klimawandel vereinbaren. Dieses soll helfen, die regionalen Auswirkungen der Klimaänderungen zu beobachten und abzuschätzen, Erfahrungen auszutauschen und konkrete Lösungen für Anpassungsmaßnahmen zu entwickeln.

Vor allem Afrika braucht jetzt Hilfe, da z.B. die Landwirtschaft, die Lebensgrundlage der Bevölkerung, bereits jetzt durch zunehmende Fluten und Dürren bedroht ist. Derzeit konzentrieren sich aber die internationalen Klimaschutzprojekte im Rahmen des „Clean Development Mechanismus“ auf wenige Staaten, in denen große Emissionsreduktionen realisiert werden können und günstige Investitionsbedingungen bestehen. Deutschland hilft daher bereits jetzt beim Aufbau der notwendigen Institutionen und bei der Entwicklung von Projekten. Zudem werden voraussichtlich 22% der geplanten Klimaschutzprojekte unter dem KfW-Klimaschutzfonds in Afrika durchgeführt werden.

IV. Wie geht es weiter in der Klimapolitik?

Deutschland hat 2007 die EU- und die G8-Präsidentschaft inne. Die Bundesregierung hat beschlossen, das Thema „Klimaschutz und Energieeffizienz“ zum Schwerpunkt seiner Präsidentschaften zu machen. Wir werden sowohl innerhalb Europas als auch mit unseren G8-Partnern konkrete Schritte für mehr Klimaschutz und mehr Energieeffizienz vereinbaren.

Auf europäischer Ebene bietet hierfür das von der EU-Kommission für Anfang 2007 angekündigte „Energiepaket“ einen guten Anlass. Der Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs der EU wird sich unter anderem mit einer Festlegung des EU-Klimaschutzziels für 2020 befassen. Deutschland wird darauf drängen, dass hierbei das -30%-Ziel vereinbart wird. Auf G8-Ebene werden wir beim Klimaschutz politischen Führungswillen zeigen und mit greifbaren Maßnahmen bei Energieeffizienz ein Zeichen setzen. Für den Gipfel in Heiligendamm wird die Bundesregierung einen G8-Masterplan für mehr Energieeffizienz vorlegen und konkrete Initiativen u.a. bei Gebäuden, im Verkehrsbereich, bei Kraftwerken und Konsumgütern auf den Weg bringen.

Auch innenpolitisch haben wir uns noch einiges vorgenommen. Nach Abschluss der Beratungen zum nationalen Allokationsplan beim Emissionshandel werden wir das Klimaschutzprogramm 2005 evaluieren und die noch notwendigen Schritte zur Erreichung des deutschen Kyoto-Ziels einleiten. Hierzu gehören unter anderem die vollständige Umsetzung des Energieeffizienz-Aktionsplans, eine Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die Fortschreibung der Energieeinsparverordnung und die Umgestaltung der KfZ-Steuer auf CO₂-Basis.

Im kommenden Jahr wird die Bundesregierung auch ein deutsches Klimaziel für 2020 vereinbaren müssen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass Deutschland eine über das -30%-Ziel der EU hinausgehende Verpflichtung eingeht. Aus meiner Sicht muss Deutschland – auch angesichts unserer im EU-Vergleich relativ hohen pro-Kopf-Emissionen – zu dem EU-Ziel mit einer Minderung von 40% beitragen, weil andere Länder in Europa mit einem schwächeren wirtschaftlichen Entwicklungsstand nicht so stark reduzieren können.

Bundeskanzlerin Merkel hat in einer Grundsatzrede am 8.11.06 erklärt: „Wir müssen gemeinschaftlich in den Bereichen Energieeffizienz und bei den erneuerbaren Energien vorankommen, die aus meiner Sicht nicht nur aus Klimaschutzgründen von allergrößter Notwendigkeit sind, sondern sie sind auch ein Gebot ökonomischer und vor allen Dingen sicherheits- und friedenspolitischer Vernunft.“

In diesem Sinne wird die Bundesregierung ihren bisherigen Kurs, Vorreiter in der Klimapolitik zu sein, fortsetzen. Dies haben auch die Koalitionsfraktionen in dem von ihnen eingebrachten Beschluss des Deutschen Bundestags vom 9.11.06 „Die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll gestalten – entschieden dem Klimawandel entgegentreten“ bekräftigt. Aus meiner Sicht ist die Klimapolitik ein gutes Beispiel dafür, dass die große Koalition auch in der Lage ist, Großes zu leisten.

Sigmar Gabriel